

PRESSEMITTEILUNG

Ausbildungsfonds schafft keine Arbeitsplätze Wirtschaftsrat Bremen plädiert stattdessen für bessere Bildungsangebote

Bremen, 13.05.2022: Der von der SPD Bremen diskutierte Ausbildungsfonds, in den nichtausbildende Unternehmen künftig einzahlen sollen, stößt auf heftige Kritik des Wirtschaftsrates Bremen. „Mit einem solchen Fonds oder auch einer Ausbildungsplatzabgabe wird kein neuer Ausbildungsplatz entstehen“, ist der Landesvorsitzende Jörg Müller-Arnecke überzeugt. „Eine solche Reglementierung ist dazu geeignet, den Wirtschaftsstandort Bremen für Unternehmen unattraktiver zu machen. Sie verschleiert lediglich das bisherige Versagen des Bremer Senats.“

Denn viel wichtiger als die Einführung neuer Abgaben sei es stattdessen, endlich das grundlegende Problem Bremens anzugehen: Die mangelnde Bildung und den schlechten Ausbildungsstand der Bremer Schulabgänger. „Bremer Unternehmen sind durchaus bereit, Ausbildungsplätze zu schaffen. Doch dazu benötigen sie die passenden Auszubildenden. Wenn jedoch die Qualität der Schulbildung wie im Moment nicht ausreicht, brauchen wir berufsqualifizierende Maßnahmen“, so Müller-Arnecke. „Wenn wir das nicht schaffen, haben wir künftig zwei Probleme: Fachkräftemangel auf Seiten der Unternehmen und einen Anstieg der Sozialleistungen auf Seiten des Staates. Es bleibt dabei: Nur qualifizierte Bildung verhindert Armut nachhaltig.“

Kontakt:

Steffen Lenke (Landesgeschäftsführer)
Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverband Bremen
Wachtstraße 17-24, 28195 Bremen
Telefon: (0421) 498 74 29
Telefax: (0421) 491 92 90
E-Mail: lv-hb@wirtschaftsrat.de

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. ist die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und Europa. Mehr als 12.000 Mitgliedern aus dem deutschen Unternehmertum bietet er eine branchenübergreifende Plattform, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Sinne Ludwig Erhards für Fortschritt durch Wettbewerb, Chancen durch Freiheit und Wohlstand durch Leistung mitzugestalten. Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. ist überparteilich und parteipolitisch nicht gebunden.